



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr gewährleisten und Ausstattung der Schulen mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Unterrichtsversorgung von mindestens 103 % im Schuljahr 2016/2017 zu gewährleisten und die zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Integration und Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund personell abzusichern.
2. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, nach Maßgabe der Ziffer 1 den konkreten Bedarf aus der aktuellen Personalsituation zum 31. Mai 2016 zu ermitteln und in diesem Umfang auch über die im Koalitionsvertrag vereinbarte Zahl von 270 Neueinstellungen hinaus weitere Stellen auszuschreiben und zu besetzen. Für die überplanmäßigen Neueinstellungen sind die Spielräume freierwerdender Stellen und, soweit erforderlich, im Haushaltsplan veranschlagte Personalverstärkungsmittel zu nutzen.
3. Die Landesregierung wird weiter aufgefordert,
 - a) die Ausschreibungspraxis für Lehrkräfte umgehend zu flexibilisieren und neben der schul- und fächerkonkreten Ausschreibung auch Ausschreibungen nach Schulformen und Regionen zu erproben und darüber hinaus ein dauerhaftes und zeitlich nicht begrenztes Angebot für Initiativbewerbungen (keine konkreten Vorgaben für Schulformen, Fächer, Regionen und Einstellungszeitpunkt) zu schaffen,
 - b) für Grund- und Förderschulen und für Schulen der Sekundarstufen I und II jeweils alle Bewerbungen von dafür ausgebildeten Lehrkräften unabhängig vom Schulformbezug ihrer Lehramtsausbildung uneingeschränkt zuzulassen.
4. Die Landesregierung wird beauftragt, bei Vorliegen von gravierendem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern den Kreis der Ausbildungsvoraussetzungen zur

(Ausgegeben am 25.05.2016)

Bewerbung zu erweitern und u. a. zur Bewerbung zuzulassen, wer über einen Abschluss in einem derzeitigen Stundenplanfach oder mehreren derzeitigen Stundenplanfächern nach dem Recht der DDR verfügt, wer eine Lehramtsausbildung absolviert aber den Vorbereitungsdienst noch nicht begonnen oder abgeschlossen hat, wer einen Abschluss im Ausland erworben hat oder wer über keine Lehramtsausbildung verfügt, aber einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss nachweisen und auf dieser Grundlage Unterricht erteilen kann.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Konzept vorzulegen, wie Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung eine vollständig anerkannte Qualifizierung für ihren Beruf erlangen können. Das Konzept ist spätestens im vierten Quartal 2016 dem Ausschuss für Bildung und Kultur und dem Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landtages zur Beratung vorzulegen.
6. Die Landesregierung wird beauftragt, umgehend Schritte zu unternehmen, um zunächst die im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausstattung der Schulen mit einem Äquivalent von 1.800 VBE pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen; dazu ist eine Ausschreibungspraxis zu entwickeln.

Begründung

Die Fraktion DIE LINKE hat die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verankerte Zielstellung, eine Unterrichtsversorgung von 103 % zu erreichen und dazu zusätzliche Neueinstellungen vorzunehmen, zur Kenntnis genommen. Die Personalsituation an den Schulen in Sachsen-Anhalt ist äußerst angespannt. Um das vor uns liegende Schuljahr vertretbar abzusichern, muss schnell und entschlossen gehandelt werden.

Die einbringende Fraktion hat angesichts der Entwicklungen in den letzten Monaten Zweifel, ob die bisher vorgesehene Zahl von Neueinstellungen ausreichend ist. Deshalb fordert sie, die Zahlen aufgrund einer Analyse zum Stichtag 31. Mai 2016 zu präzisieren.

Darüber hinaus fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, die Ausschreibungs- und Einstellungspraxis neu zu gestalten. Die einbringende Fraktion befürchtet, dass mit den bisherigen Regularien auf diesem Gebiet die erforderlichen Neueinstellungen nicht in vollem Umfang und nicht in der erforderlichen Zeit realisiert werden können. Die im Punkt 3. vorgeschlagenen Schritte hält sie für vertretbar und geeignet, der über Jahre entstandenen Mangelsituation abzuhelpfen.

Zur Erfüllung der Zielstellung sollen in besonders dringenden Fällen auch Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden, deren Ausbildungsvoraussetzungen nicht den üblichen Zugangskriterien zum Schuldienst entsprechen. Das erfordert unabdingbar ein Konzept, wie sogenannte Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in absehbarer Zeit und berufsbegleitend realisierbar eine vollständig anerkannte Qualifizierung für ihren Beruf erlangen können. Die Fraktion DIE LINKE erhebt diese Forderung sowohl mit Blick auf eine professionelle Berufsausübung als auch mit dem

Ziel, eine dauernde Schlechterstellung in der Besoldung bzw. Vergütung dieser Gruppe zu vermeiden.

Im Übrigen sieht sie die Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern nicht nur als einen der Mangelsituation geschuldeten Weg, sondern auch als Chance für die Öffnung der Schulen in die Gesellschaft und für neue Impulse für den Lernprozess.

Für die Fraktion DIE LINKE ist die Ausstattung mit pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem der Grundschulen und Förderschulen eine zentrale Aufgabe für die Erfüllung ihres Erziehungs- und Bildungsauftrages. Um das im Koalitionsvertrag genannte Ziel, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umfang von 1.800 VBE zur Verfügung zu stellen, zu erreichen, müssen unbesetzte Stellen ausgeschrieben werden. Da bisher im Ergebnis der Umsetzung der Ziele des Personalentwicklungskonzepts 2011 mit Ausnahme spezieller Einsatzgebiete pädagogische Mitarbeiterstellen nicht ausgeschrieben wurden, ist es erforderlich, eine Ausschreibungspraxis zu entwickeln. U. a. sind die Qualifikationsanforderungen präzise zu bestimmen.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender